

BIBS Fraktion  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181  
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 18.Dezember 2007

## **Pressemitteilung Vorweihnachtliche Grabenkämpfe im Braunschweiger Stadtrat**

Die VIII. Ratssitzung am 18. Dezember 2007 vertiefte die Differenzen im Braunschweiger Stadtrat.

Die hitzige Diskussion um das Ehrenbürgerrecht für Gerhard Glogowski dominierte den ersten Teil der Sitzung: Die BIBS-Fraktion wurde heftig angegriffen, weil sie Vorbildfunktion und Verdienste des umstrittenen SPD-Politikers in Frage stellte. Ein BIBS-Änderungsantrag, den Abschlussbericht der bis heute nicht zufriedenstellend geklärten Mundstock-Affäre zu veröffentlichen, um Glogowskis Rolle in dem kostspieligen und dubiosen Geschäft zu klären, wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Die Mehrheit des Rates stimmt der Verwaltungsvorlage schließlich zu: mit 8 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen – drei Gegenstimmen kamen aus dem CDU Lager.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wird von der BIBS-Fraktion abgelehnt. „In der bisherigen Diskussion drängt sich der Eindruck auf, dass der städtische Sparkurs primär als K.O.-Argument gebraucht wird, um die Anträge des politischen Gegners abzuschmettern“, so BIBS-Fraktionsvorsitzender Frank Gundel, „Eine der unsinnigen Maßnahmen ist die Senkung des Defizitenausgleichs für den ÖPNV. Die BIBS beantragte, den städtischen Defizitenausgleich um zwei Millionen Euro aufzustocken, was leider abgelehnt wurde. Gleichzeitig beschließt die Mehrheitsgruppe CDU/FDP bedenkenlos Geld für politisch gewollte Großprojekte, bei denen die Wirtschaftlichkeit kein Kriterium ist - wie den Startbahnausbau des Flughafens für circa 30 bis 45 Millionen oder die Schaffung historisierender ‚Schloss‘-Innenausbauten für 1,4 Millionen!“

Zum Stichwort Kinder- und familienfreundliche Stadt, das in der Haushaltsdebatte angeschnitten wurde, unterstützte die BIBS-Fraktion den Antrag der Grünen, der den Ergebnissen einer Expertenrunde zum Thema Rechnung trägt.

„Familienfreundlichkeit macht eine Stadt attraktiv. Frühkindliche Betreuung ist kein unnötiger Luxus, sondern ein Wettbewerbsvorteil für die lokale Wirtschaft“ so Ratherr Horst Steinert, „Die Betreuungssituation muss an die Realität des Arbeitsmarktes, den Alltag und die mageren Einkünfte der Erziehenden angepasst werden. Gute, kostengünstige Kinderbetreuungssysteme sind unschätzbare weiche Standortfaktoren. Der Familienatlas 2007 bestätigt Braunschweig in diesem Punkt leider erhebliche Defizite.“

An zwei Stellen winkte die Ratsmehrheit sorglos zusätzliche Belastungen für Braunschweigs Gebührenzahler durch: die Schuldenüberführung in beachtlicher Höhe von der Sonderrechnung Abfallwirtschaft (TOP 8) sowie die dritte Änderungssatzung zur Abwasserbeseitigung (TOP 20).

„Die halbe Stadtreinigung wurde verschenkt“, so BIBS-Ratsherr Peter Rosenbaum, „Noch vor der Privatisierung wurden ‚liquide Mittel‘ der Stadt in Höhe von 9,6 Millionen Euro in Anlagevermögen investiert, das sich durch den Verkauf der Stadtreinigung nicht mehr im Besitz der Stadt befindet.“

„Die Abwassergebührenzahler stellen das zweite Privatisierungsopfer in der heutigen Debatte!“, so Rosenbaum weiter, „Der Finanz-Ausschuss konnte nicht zufriedenstellend aufklären, wieso die Abwassergebühren erhöht werden sollen, während die Abwassermenge stetig abnimmt. Wir fordern, dass das Versprechen eingelöst wird, dass die Gebührenstabilität gewährleistet bleibt.“

Dass dem Thema Kinderarmut von der CDU/FDP-Mehrheit die Dringlichkeit abgesprochen wurde, findet die BIBS angesichts der Zahl von etwa 6.700 betroffenen Kindern in Braunschweig unverantwortlich. Die Verwaltung gibt einen elementaren Teil ihrer Verantwortung, die sozialen Daseinsvorsorge, in die Hände privater Mäzene unter Federführung des neuen Beauftragten für Kinderarmut ab. Die Erarbeitung eines nachhaltigen, sinnvollen Gesamtkonzepts fehlt.

Nachdem Oberbürgermeister Hoffmanns enger Mitarbeiter Herr Kügler im Vorfeld der Sitzung 2.500 weihnachtlich verpackte Unterschriften des Aktionsbündnisses für eine 4. IGS entgegennahm, wurde das Thema im Rahmen der Fraktionsanträge am Ende der Ratssitzung um 21.45h behandelt.

Das Niedersächsische Schulgesetz (NSchG) beinhaltet ein Errichtungsverbot, so dass die CDU/FDP Gruppe vor einer Änderung des NSchG keinen Ratsanträgen zur Einrichtung einer 4. IGS in Braunschweig zustimmt und somit auch alle Anträge zur vorbereitenden Einführung einer weiteren IGS abgelehnt sind.

Eine Formalität die die BIBS-Fraktion betrifft, wurde abgestimmt: Die Umbesetzung in den Ausschüssen wurde formell vom Rat abgesegnet. Die Rotation in der BIBS-Fraktion ist damit wirksam.

Um 22.20h endete die Ratssitzung. Die BIBS-Fraktion fühlt sich damit wiederholt bestätigt, dass die Anzahl der Sitzung zu erhöhen ist.

Ausführliche Informationen auf unserer Website [www.bibs-fraktion.de](http://www.bibs-fraktion.de)